

ministerium die Mitteilung abzuwarten, in welcher Höhe er Finanzmittel für die Umstrukturierung der Schulden eines Unternehmens zur Verfügung stellen kann, habe er Anfang November in einem Fall die Transaktion bereits zugesagt. Von der Grundausstattung mit Finanzmitteln in Höhe von 12 Mio. US\$ durch das Finanzministerium, die jede der Aufgangsgesellschaften erhalten hat, seien Büroräume angemietet und Personal eingestellt worden. Wang Xingyi beschäftigte inzwischen 118 Arbeitskräfte, die vorher zum überwiegenden Teil bei seinem vormaligen Arbeitgeber, der Agricultural Bank of China, arbeiteten. Das Team von Wang habe keine Erfahrung im Management von Unternehmen, abgesehen von einigen wagen Vorstellungen. Die Motivation von Wang Xingyi basiere auf der derzeitigen Regierungskampagne, durch die die Probleme der staatseigenen Unternehmen bis zum nächsten Jahr „gelöst“ werden sollen. Wang zufolge erfordere dies vor allem, die Zinszahlungen der Verlustunternehmen zu reduzieren. Auf diese Weise würden die Unternehmen ausreichend Gewinne abwerfen und die Kampagne könne als Erfolg dargestellt werden. -schü-

---

## SVR Hongkong

---

### 27 Wahl der Bezirksräte

Am 28. November war die Hongkonger Bevölkerung zur Wahl neuer Bezirksräte (*District Councils*) in den 18 Bezirken Hongkongs aufgerufen. Es handelte sich um die erste Wahl der Bezirksräte seit der Übergabe Hongkongs an die VR China. Bei der Besetzung der zur Wahl gestellten Mandate blieb die pro-chinesische Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) nur geringfügig hinter der bisher klar führenden Demokratischen Partei zurück.

Für die insgesamt 390 durch Mehrheitswahl (*single-seat, single-vote system*) zu besetzenden Mandate in den verschiedenen Bezirken hatte die DAB 176 Kandidaten gestellt, von denen sich 83 durchsetzen konnten. Im Vergleich zur letzten Wahl der damals

noch als *District Board* bezeichneten Räte im Jahr 1994, als 37 von 83 gestellten Kandidaten erfolgreich waren, bedeutete dies einen Anstieg der Erfolgsquote von 41% auf 47%. Die Demokratische Partei gewann 86 der 173 Mandate, für die sie Kandidaten gestellt hatte; im Vergleich zur Wahl von 1994, wo 75 von 133 Kandidaten erfolgreich waren, bedeutete dies relativ eine Abnahme der Erfolgsquote von 57% auf 50%. Erfolgreich waren außerdem Kandidaten der Hong Kong Progressive Alliance (21 Mandate), der Association for Democracy and People's Livelihood (19), der Liberalen Partei (15), der Civil Force (11), der 123 Democratic Alliance (7) sowie 148 unabhängige Kandidaten und Mitglieder kleinerer Parteien.

Der relative Sieg der DAB, auch als „Flaggschiff Beijings“ bezeichnet, wird in den Hongkonger Medien als ein grundlegender Wechsel des politischen Klimas wahrgenommen; Wahlen, so wird argumentiert, könnten nicht mehr allein durch Kritik an der Regierung gewonnen werden. Die Demokratische Partei räumte ein, durch die Aufstellung von noch nicht lange erprobten Kandidaten aus dem „radikalen“ Lager der sogenannten „Young Turks“ ihre Erfolgschancen geschmälert zu haben (SCMP, 25, 29., 30.11., 1.12.99).

Die Bedeutung, die der Wahl der Bezirksräte zugemessen wurde, erschließt sich nicht so sehr aus der politischen Bedeutung dieser Organe selbst. Bislang beschränkte sich deren Funktion auf die Mitsprache bei Regierungsprojekten im Bereich des Umweltschutzes, kultureller und Freizeitaktivitäten sowie im Sozialbereich. Gerade im Vergleich mit dem Legislativrat (*Legislative Council*), der unter anderem mit Kompetenzen der Haushaltsüberwachung ausgestattet ist, gelten die Bezirksräte als wenig einflussreich (SCMP, 1., 23.11.99).

Der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) hat allerdings angekündigt, die Aufsichtsrolle der Bezirksräte im Bereich der städtischen Politik zu stärken und sie als Foren für eine aktivere Kommunikation zwischen Bürgern und Regierung auszubauen. Einen potentiellen Bedeutungszuwachs erfahren die Distrikträte aber vor allem aus der Tatsache,

daß die aus der britischen Kolonialverwaltung stammenden Gemeinderäte (Municipal Councils), die bislang als Beiräte in städtischen Basisbelangen fungiert hatten, voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2000 aufgelöst und ihre Aufgaben von den Distrikträten übernommen werden sollen. Hier handelt es sich um einen seit der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 diskutierten Plan Tung Chee-hwas. Im Fall der Verwirklichung dieses Plans, der von der UNO-Menschenrechtskommission kritisch beurteilt wurde, droht die Demokratische Partei mit einer Klage auf Verletzung des Hongkonger Grundgesetzes (SCMP, 23., 24., 28.11.99; NZZ, 6./7.11.99).

Ferner wurde die Wahl als Test für die bevorstehende Wahl des Legislativrats im kommenden Jahr gesehen. Von mehreren Kandidaten, die sich nun zur Wahl auf Bezirksebene stellen, ist bekannt, daß sie sich im Jahr 2000 (erneut) um einen der Sitze im Legislativrat bewerben würden. Gemäß des Grundgesetzes wird die Zahl der durch geographische Direktwahl zu besetzenden Mandate dann um vier auf 24 aufgestockt werden. Seit bei den letzten Wahlen des Legislativrats im Jahr 1998 ein Verhältniswahlssystem eingeführt wurde, bei dem die einzelnen Parteien zum ersten Mal Listen für ihre Kandidaten aufstellen mußten, gilt der Erfolg einzelner Kandidaten auf der Bezirksebene nun als Kriterium für die Listenrangfolge im kommenden Jahr (SCMP, 28.9., 3., 23.11.99).

Schließlich kam der Wahl der Bezirksräte in den öffentlichen Medien Bedeutung als Testfall der Entwicklung demokratischer Strukturen in Hongkong zu. Mit dem Slogan „Vote unless you've given up on HK“ wurde die Teilnahme an der Wahl zum Barometer demokratischer Eigenständigkeit der Sonderverwaltungsregion. Die Wahlbeteiligung lag mit 36% zwar um einiges höher als bei den letzten Wahlen im Jahr 1994 mit 33%. Hinter der als „Rekord“ gewerteten Beteiligung von 53% bei den letzten Wahlen des Legislativrats 1998 blieb sie jedoch stark zurück und bestätigte so die seit Mitte der achtziger Jahren vielbeklagte politische Apathie der Hongkonger Wahlbevölkerung (SCMP, 23., 30.11.99).

Die relativ geringe Wahlbeteiligung wurde vor allem damit erklärt, daß mit der diesjährigen Wahl der Bezirksräte das System der Besetzung eines Teils der Mandate durch die Exekutive wiedereingeführt wurde. Von den insgesamt 519 Mandaten wird Tung Chee-hwa ein Fünftel mit persönlich ausgewählten Verwaltungsspezialisten besetzen. Vor der Übergabe Hongkongs an die VR China sei jede Bezirkswahl als Schritt in Richtung auf eine stärkere Demokratisierung des politischen Systems gewertet worden. Hatte 1982 der Anteil der demokratisch gewählten Mitglieder der Bezirksräte neben der Mehrheitlich von offizieller Seite betrauten Mitglieder nur ein Drittel betragen, so war es der britischen Kolonialverwaltung 1994 gelungen, die „undemokratische“ Praxis der Besetzung von Mandaten durch von der Exekutive bestimmte Personen zu beseitigen. Die Wiedereinführung des Systems offizieller Besetzung der Mandate anlässlich der diesjährigen Bezirkswahl wird als „retrogression in democracy“ und damit als Rückschritt in der Behauptung demokratischer Eigenständigkeit vis-à-vis der VR China gewertet (SCMP, 23., 29.11.99). -hol-

## 28 Entscheidung gegen offiziellen Presserat

Seit Ende August hatte ein Vorschlag zur Einsetzung eines Presserats (*press council*), der unter der Führung des Regierungschefs Tung Chee-hwa zum Schutz der Privatsphäre mit umfangreichen rechtlichen Sanktionsbefugnissen ausgestattet werden sollte, die laufende Kontroverse um Pressefreiheit in Hongkong verschärft. Es war befürchtet worden, daß ein solcher offizieller Presserat sich zu einem Zensurorgan entwickeln könnte (C.a., 1999/9, Ü 34). Der Vorschlag, der von der Kommission für Rechtsreform, einem Gremium des Justizministeriums, unterbreitet worden war, wurde Ende November im Legislativrat mit 39 gegen null Stimmen abschlägig entschieden. Während der zweistündigen Debatte war das Hauptargument gegen die Einsetzung eines Presserats, daß Pressefreiheit als wichtiger einzustufen sei als das Problem von Sex und Gewalt in den Medien.

Zwar wird vermutet, daß die Regierung die Hongkonger Presse weiterhin mit informellen Mitteln überwachen wird, jedoch könne ohne eine im Legislativrat beschlossene Satzung kein formaler Presserat eingesetzt werden.

Als alternative Lösung des wahrgenommenen Problems eines zunehmenden Eindringens der Medien in den Privatbereich Hongkonger Bürger wurde dem Vorschlag der Einrichtung eines unabhängigen Organs der Presse-Selbstregulierung stattgegeben, wie er im September von zahlreichen Politikern und Medienvertretern propagiert worden war. Die „Zeitungsgesellschaft“, die sich zu diesem Zweck aus Vertretern von zehn großen Hongkonger Zeitungen konstituiert hatte, soll eine Satzung für das nun geplante unabhängige Selbstregulierungsorgan entwerfen und an seiner Entstehung mitwirken. Der Marktführer *Apple Daily*, der bisher der „Zeitungsgesellschaft“ ferngeblieben war, gab ebenfalls seine Bereitschaft zur Mitwirkung zu erkennen.

Zunächst solle der Wirkungsbereich des einzurichtenden unabhängigen Organs darauf beschränkt bleiben, Klagen über die Verletzung der Privatsphäre durch die Presse nachzugehen. Je nach Erfolg in diesem Bereich soll die Funktion dieses Organs schrittweise ausgebaut werden. Mittelfristig sei abzusehen, daß dabei auf rechtliche Kompetenzen nicht verzichtet werden könne, um die Effizienz der Arbeit zu gewährleisten, wobei man auf die Hilfe der Gesetzgebung und der lokalen Verwaltung angewiesen sein werde (SCMP, 18., 19.11.99). -hol-

## 29 Streit um Unterrichtssprache geht weiter

Der Streit um das Für und Wider muttersprachigen Unterrichts geht weiter. Seit Beginn des Schuljahres 1998 wurde an allen Schulen muttersprachiger Unterricht eingeführt, d.h. Unterricht in Kantonesisch - mit Ausnahme von 114 Sekundarschulen, die als qualifiziert für englischsprachigen Unterricht eingestuft wurden. Nach einem Jahr wurden nun Hongkongs Schulen überprüft, um herauszufinden, ob die jeweilige Entscheidung für Kantonesisch oder Englisch als Unterrichtssprache sinnvoll war. Insgesamt wurde die Un-

terrichtssprache an 150 Schulen untersucht, und zwar an den 114 englischsprachigen Schulen und zum Vergleich an 36 chinesischsprachigen. Die Ergebnisse der Untersuchung fielen nicht nur unterschiedlich aus, sondern wurden auch unterschiedlich interpretiert. Einerseits wurde festgestellt, daß Kinder, die auf Kantonesisch unterrichtet werden, dem Unterricht besser folgen können und die bessere Kommunikation mit ihren Lehrern haben als solche, die auf Englisch unterrichtet werden. Andererseits wurde durch einen Test, mit dem die Schülerleistungen in Chinesisch, Englisch und Mathematik geprüft wurden, festgestellt, daß das Niveau in allen drei Fächern gegenüber dem Schuljahr 1996/97 angestiegen sei. Die Zuverlässigkeit dieser Tests wurde allerdings angezweifelt. So wurde von seiten einer Bildungskommission eingewandt, daß ein großer Teil der Schulen die Schüler auf den Test vorbereitet habe und die Daten deshalb keine Gültigkeit beanspruchen dürften. Vielmehr sei seit einiger Zeit ein Absinken speziell der Sprachkompetenz der Schüler zu bemerken. (Vgl. SCMP, 15. u. 22.11.99)

Aufgrund dieses Befundes werden nun wieder Befürchtungen laut, die Hongkonger Regierung plane muttersprachigen Unterricht für alle Schulen. Kritiker einer solchen Politik meinen, die Erfahrungen eines Jahres reichten nicht aus, um die Sprachsituation an den Schulen beurteilen zu können. Man müsse wenigstens ein weiteres Jahr abwarten, bevor man vorläufige Schlüsse ziehe. Das Absinken der Standards könne auch auf die unsicheren Aussichten hinsichtlich des englischsprachigen Unterrichts zurückzuführen sein. Die Schulen brauchten längere Anpassungszeiten an die neue Lage. Bemängelt wurde vor allem, daß die Regierung bislang keine schlüssige und konsistente Politik in bezug auf die Unterrichtssprache habe. Zugleich wurde davor gewarnt, den englischsprachigen Unterricht an den 114 Schulen aufzugeben. Dies würde nicht nur große Unruhe und Widerstand unter der Bevölkerung hervorrufen, sondern auch dem Ruf Hongkongs als internationale Stadt schaden, einer Stadt, die den Ehrgeiz habe, Cyberport zu werden, und dann nicht einmal Schulen habe, auf denen der Unterricht in der Geschäfts- und Wis-

senschaftssprache erteilt würde. (Vgl. SCMP, 22.11.99)

Die Frage der Unterrichtssprache wird die Gemüter in Hongkong weiter bewegen. Sie läßt sich nicht unabhängig von der Reform des gesamten Bildungswesens lösen, über die derzeit in Hongkong diskutiert wird. Das Ziel der Reform ist nicht zuletzt die Einführung höherer Bildungsstandards und qualitativer Bildung, was auch eine Anpassung an die Bedürfnisse der modernen Wissenschaft und Technik sowie der Wirtschaft bedeutet. Unter diesem Aspekt sind hervorragende Englischkenntnisse unerlässlich. Hier sollte vorhandenes Terrain nicht voreilig aufgegeben werden. Zugleich aber ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Voraussetzungen für englischsprachigen Unterricht gegeben sein müssen, d.h. die Lehrer kompetent, aber auch die Schüler geeignet sein müssen, und dies ist nur durch Inspektionen der Regierung festzustellen. -st-

### 30 Sinkendes Bevölkerungswachstum

Die Hoffnungen, daß es in Hongkong nach der Rückkehr zu China einen Babyboom geben würde, haben sich nicht erfüllt. Staat dessen sinkt die Geburtenrate weiter, so daß sich die Regierung jetzt des Problems annehmen will. Bislang gab es in Hongkong keine umfassende Bevölkerungspolitik. Die Geburtenrate zählt zu den niedrigsten der Welt und sinkt sogar noch unter die Singapurs und Japans. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, müßte jede Frau statistisch im Durchschnitt 2,1 Kinder haben. Tatsächlich aber betrug die Fertilitätsrate pro Frau 1998 in Hongkong 0,98. 1986 lag sie noch bei 1,4, und man hatte gehofft, daß sie sich nach der Übergabe und den Aussichten auf stabile Verhältnisse wieder auf diesen Wert erhöhen würde. Als Grund für die rückläufige Geburtenrate werden vor allem finanzielle Erwägungen angeführt, die etwa 30% aller jüngeren Frauen davon abhalten, Kinder zu bekommen. Im vergangenen Jahr sollen in Hongkong 53.356 Babies geboren worden sein, 13% weniger als im Jahr 1997.

Diese Bevölkerungsentwicklung macht es überflüssig, die auf dem Fest-

land praktizierte Ein-Kind-Familie zu übernehmen, in Hongkong gibt es sie seit Jahren. Die damit verbundene schnelle Alterung der Bevölkerung stellt die Regierung vor große Probleme, insbesondere hinsichtlich der Gesundheitskosten. In etwa 50 Jahren werden 40% der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein, wenn die Entwicklung anhält.

In dieser Situation fordern Bevölkerungsexperten die Regierung zum Handeln auf. Gegenwärtig werden Geburtenkontrollmaßnahmen und Abtreibungen subventioniert und sind ohne weiteres für Verheiratete und Unverheiratete zu haben. Außerdem begünstigt das Hongkonger Steuersystem kleine Familien. Im Gegensatz dazu wird beispielsweise in Singapur dazu aufgerufen, mehr Kinder in die Welt zu setzen, und entsprechend werden bei drei und mehr Kindern Steuervergünstigungen gewährt. Trotzdem sollen dort die Fertilitätsraten weiter sinken, woraus auch Hongkonger Experten schließen, daß die Regierung wenig zur Steigerung der Geburtenrate beitragen kann. Statt dessen plädieren sie dafür, der Einwanderung vom Festland größere Bedeutung beizumessen. Tatsächlich ist schon heute die Einwanderung der entscheidende Faktor bei der Bevölkerungsentwicklung. In dieser Situation rücken die auf dem Festland geborenen Kinder, von denen ein Elternteil Hongkonger Bürger ist, in den Mittelpunkt des Interesses. Überlegungen gehen dahin, die Zuwanderung vom Festland für bestimmte Altersgruppen - in erster Linie also Kinder - zu fördern. Bisher gelten von Hongkonger Seite keine Altersbegrenzungen bei den Einwanderern. Die in Hongkong verbreitete Furcht vor einer Flut von Einwanderern wird üblicherweise mit den begrenzten Bildungshaushalten begründet. Ein Wirtschaftswissenschaftler der Chinese University setzt dem entgegen, daß es wirtschaftlich gerade sinnvoll wäre, möglichst viele Kinder möglichst schnell nach Hongkong kommen zu lassen und ihnen eine gute Bildung zuteil werden zu lassen, damit sie später in der Wirtschaft eingesetzt werden können.

Um den Druck der wachsenden alten Bevölkerung zu mindern, wird auch vorgeschlagen, alte Leute zu ermuntern, auf dem Festland zu leben.

Dort seien die Lebenshaltungskosten weitaus niedriger, so daß die Alten dort unter Umständen ein besseres Auskommen hätten als in Hongkong. (Vgl. SCMP, 1.11.99)

Erst die kommenden Jahre werden zeigen, ob sich die Hongkonger Regierung unter dem Eindruck bevölkerungspolitischer Überlegungen zu einer Liberalisierung ihrer Einwanderungspolitik bereitfinden wird und beispielsweise hinsichtlich des Zuzugs unehelich auf dem Festland geborener Kinder von Hongkonger Bürgern großzügiger verfahren wird. -st-

---



---

## Macau

---



---

### 31 Garnisonstruppen gebildet

Die VBA-Truppen, die in der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) stationiert sein werden, wurden am 10. November aufgestellt. Dies gaben Staatsrat und Zentrale Militärkommission (ZMK) bekannt. (RMRB, 11.11.99) Bei den Truppen handelt es sich laut Nachrichtenagentur Xinhua um die jüngste Kampfeinheit der VBA. Die Garnison ist - wie auch diejenige in Hongkong - nicht der Militärregion Guangzhou, sondern direkt der ZMK unterstellt. Die Zentralregierung in Beijing kommt für die Kosten der Truppen auf. Nach Aussage ihres Kommandeurs Liu Yuejun hat die Macauer Garnison keinen geringeren Stellenwert als die Hongkonger. Sie besteht überwiegend aus Bodentruppen, daneben gibt es auch einige Offiziere und Mannschaften von der Marine und der Luftwaffe. Die Ausrüstung besteht hauptsächlich aus leichten Waffen. Aus Hongkong kommen eine motorisierte Infanteriekompanie und eine Kompanie von Panzergrenadieren. Die Hauptaufgaben der Truppen umriß Liu wie folgt: Verhinderung und Abwehr von Angriffen, Aufrechterhaltung der Sicherheit der SVRM, Leistung von Verteidigungsdiensten, Verwaltung militärischer Einrichtungen und Abwicklung von die Garnison betreffenden auswärtigen militärischen Angelegenheiten. Die Truppen werden auch zur Verteidigung herangezogen, wenn der Nationale Volks-